

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version
Siegt die Unvernunft?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1978) : Siegt die Unvernunft?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 5, pp. 220-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135185>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Bruno Molitor

Siegt die Unvernunft?

Wir sind um eine Erfahrung reicher: Auch in der Bundesrepublik haben es die Gewerkschaften zu einem Arbeitskampf kommen lassen, ungeführt davon, daß unsere Wirtschaft eine Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe aufweist. Gewiß braucht nicht jeder Streik ein nationales Unglück zu sein, und sicherlich hat es auch in früheren Jahren hin und wieder einen Streik gegeben. Aber daß dieses Mittel der schweren Hand just in einer Situation eingesetzt wurde, in der wir uns mühsam genug von einer nachhaltigen Rezession zu erholen beginnen, dafür fehlt der breiten Bevölkerung jedes Verständnis, und sie hat recht damit.

Schlimm genug sind schon die Produktions- und Einkommensverluste, die mit der Arbeitsniederlegung einhergehen. Und erst recht sind die Wirkungen auf die Beschäftigungslage fatal. Alle kompetenten Beobachter stimmen darin überein, daß das erstreikte Ausmaß in der Anhebung des Lohnniveaus weit über dem liegt, was stabilitätspolitisch noch zu verkraften wäre. Bei der Mehrzahl der betroffenen Unternehmen wird die

überdrehte Lohnpolitik zusätzliche Arbeitsplätze kosten, und sei es schon darum, weil sie der Rationalisierung neue Impulse verleiht. Insbesondere wurde natürlich den bereits vorhandenen Arbeitslosen und den Beschäftigungschancen der Jugendlichen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, ein Tordröckchen angehenkt; hier wird eine Besserung der Lage jetzt um so länger auf sich warten lassen. Dabei hatten recht solide Befragungen ergeben, daß ein hoher Prozentsatz der organisierten Beschäftigten durchaus bereit war, um der Sicherheit der Arbeitsplätze willen bei den Lohnforderungen zurückzustecken. Aber die Gewerkschaftsführungen wollten es offenbar von vornherein anders; ihre ständige Berufung auf die sogenannte Basis muß entsprechend zurückhaltend gewertet werden. Von den Erfolgen der Stabilitätspolitik, die die Bundesrepublik zu den wenigen Ländern mit einer Inflationsrate von 3% gesellte, war im Lohnkampf keine Rede.

Damit nicht genug, haben die Gewerkschaften wiederum versucht, die Tarifrunde auch zur Nivellierung der Lohnstruktur zu nutzen. Dabei sollte, so wahr die heutige Arbeitslosigkeit überwiegend strukturelle Züge trägt, auf der Hand liegen, daß wir nichts dringender als eine stärkere Differenzierung der Arbeitseinkommen brauchen, um die Mobilitätsbereitschaft zu erhöhen. Ein Bezirksleiter der IG-Metall hat sogar als Ideal eines „neuen“ Lohnsystems verkündet, daß nurmehr 40% des individuellen Einkommens nach der Leistung, 60% dagegen aus dem Durchschnittslohn aller Beschäftigten zu ermitteln wären. Wenn das je zur Marschroute der tatsächlichen Gewerkschaftspolitik werden sollte, ist es um den Fortschritt unserer Wirtschaft geschehen.

Das gilt auch von der sogenannten Verdienstsicherung. Natürlich ist es nicht mehr als billig, den Beschäftigten, deren Arbeitsplätze durch technische Fortschritte auf geringere Quali-

fikationsanforderungen abgestuft werden, mit Übergangszahlungen, Umsetzungen und Umschulungen zu helfen. Aber eine kollektive Zementierung des betrieblichen Lohn- und Gehaltsniveaus und gar eine Beschäftigungsgarantie für den angestammten Arbeitsplatz wären nichts anderes als eine moderne Form der Maschinenstürmerei: Sie würden es erst gar nicht mehr zu jenen unternehmerischen Innovationen kommen lassen, auf die wir für unsere Wettbewerbsfähigkeit und damit für die mittelfristige Beschäftigungssicherheit angewiesen sind.

Vor diesem Hintergrund hilft es nichts, mit einer Attacke auf das Institut der Aussperrung abzulenken zu wollen: solange es Schwerpunkstreiks gibt, ist die Gegenwehr der Aussperrung aus Gleichgewichtsgründen unerlässlich. Ohnehin können heute durch den syndikalen Verbund auch Gewerkschaften streiken, die noch vom letzten Arbeitskampf her hochgradig verschuldet sind. Und die Bundesanstalt in Nürnberg hat sich mit Zahlung von Arbeitslosengeld für mittelbar betroffene Zuliefererbetriebe schon gefährlich dem Rubikon der Neutralitätswahrung genähert. Daß im übrigen die Gewerkschaften bei Tarifauseinandersetzungen keineswegs einen Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen machen, sollten sich jene hinter die Ohren schreiben, die da meinen, mit einer Sozialisierungswelle lösten sich die Probleme von selbst.

Man kann in unser aller Interesse nur hoffen, daß die Begleiterscheinungen der diesjährigen Lohnrunde nicht Schule machen. Die Arbeitsmarktparteien tragen, ob ihnen das nun bequem ist oder nicht, gesamtwirtschaftliche Verantwortung. Die politische Vernunft gebietet, beim nächsten Mal mit Tarifverträgen längerer Laufzeit aufzuwarten, deren Herzstück in einer ökonomisch abgesicherten Arbeitszeitverkürzung liegt.